

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1950**

245 (4.11.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2,20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2,50, im Verlag abgeholt 2,20 DM

Badischer Landemann
gegründet 1898



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpt. — (Preisliste Nr. 1.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 4. November 1950

Nr. 245



Papst Pius verkündet das Marien-Dogma
In einer feierlichen Zeremonie auf dem Petersplatz in Rom erbot der Papst am Tage Allerheiligen die Lehre von der leiblichen Himmelfahrt Mariens zum Glaubenssatz der römisch-katholischen Kirche. Unser Bild zeigt den Heiligen Vater während des Verkündungsaktes.

Große Mehrheit für internationale Streitmacht

52 gegen 5 Stimmen für Siebenmächteplan — Einschneidende Verpflichtungen

Flushing (UP). Die Vollversammlung der Vereinten Nationen sprach sich am Freitag mit überwältigender Mehrheit für die Schaffung einer „velo-sicheren“ internationalen Streitmacht aus. Diese UN-Truppe soll der Vollversammlung im Falle einer Aggression zur Verfügung stehen, wenn Notmaßnahmen des Sicherheitsrates durch das Veto eines seiner Mitglieder blockiert werden.

Die von den Vereinigten Staaten und sechs weiteren Nationen eingebrachte Resolution wurde mit 52 gegen 5 Stimmen, bei drei Stimmenthaltenungen angenommen. In ihr werden alle UN-Mitgliedstaaten aufgefordert, einen Teil ihrer Streitkräfte zur Bekämpfung eines möglichen Angreifers bereitzustellen. Zwei weitere Entschließungsentwürfe wurden gebilligt. Erstens: Schnelle Durchführung von Maßnahmen für die Schaffung einer ständigen UN-Streitkraft, die gemäß der Charta dem Sicherheitsrat zur Verfügung stehen wird. Zweitens: Gemeinsame Besprechungen der fünf Großmächte — gegebenenfalls unter Teilnahme anderer Nationen — über Weltprobleme. Beide Entwürfe wurden einstimmig angenommen. Bei der Abstimmung über die Aufstellung einer „Friedenspatrouille der Vereinten Nationen“ — einem Punkt der Siebenmächte-Resolution — gaben sogar die Staaten des Ostblocks „Ja“-Stimmen ab.

Der Siebenmächteentwurf enthält folgende Punkte:

1. Bereitstellung eines Teils der nationalen Streitkräfte jedes Mitgliedstaates unter der Verfügungsgewalt der UN-Vollversammlung, falls ein Eingreifen gegen einen möglichen Angreifer durch ein Veto im Weltfriedensrat verhindert wird;
2. Bildung einer „Friedensüberwachungskommission“ aus Vertretern von 14 Mitgliedstaaten, der die Aufgabe zufällt, der Vollversammlung über internationale Spannungen zu berichten, die sich in einen Krieg ausweiten könnten;
3. Einberufung der Vollversammlung zu einer Sonder Sitzung innerhalb von 24 Stunden auf Ersuchen ihrer Mitglieder oder eines der sieben Mitgliedstaaten des Sicherheitsrates;
4. Bildung eines „Ausschusses für kollektive Maßnahmen“ mit dem Auftrag, Methoden zur Verhinderung einer Aggression auszuarbeiten;
5. Verpflichtung aller Mitgliedstaaten, ihre Bemühungen um die Wahrung der Menschenrechte zu verstärken und die wirtschaftliche Entwicklung in unterentwickelten Gebieten zu fördern.

Vor den Abstimmungen wurden mehrere sowjetische Zusatzanträge zurückgewiesen, durch die die neuen Vollmachten der Versammlung praktisch wieder aufgehoben worden wären. Der australische Außenminister Pearson wies die Behauptung Wjatschinskis zurück, daß die Sowjetunion sich seit Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea immer wieder um die Beilegung des Konfliktes und die Wiederherstellung des Friedens bemüht habe. Das Interesse des Kreml an einer Einstellung des Feuers sei erst zu erkennen gewesen, als sich die Lage zu Ungunsten der Angreifer gewandelt hatte.

Nach der Abstimmung wurde die Debatte über die Verletzung der Menschenrechte in Ungarn, Rumänien und Bulgarien eröffnet. Der politische Sonderausschuß hat dazu eine Resolution ausgearbeitet, über die später eine

Flüchtlingsforderungen zum Lastenausgleich

Entwurf Schäfflers wird abgelehnt — Sofortabgabe wird gefordert

Bonn (UP). Vier Forderungen des Zentralverbandes vertriebener Deutscher zum Lastenausgleichsgesetz wurden am Freitag vom CDU-Bundestagsabgeordneten Linus Kather der Presse mit der Erklärung vorgelesen, daß der „ZVD“ den Schäfflerschen Entwurf zum Lastenausgleich ablehne.

Die Vertriebenen fordern eine Sofortabgabe für den Lastenausgleich für alle Vermögen über 30.000 DM, während der Bundesfinanzminister an eine Laufzeit der Zahlungen über viele Jahre denkt.

Kather will nach den Wünschen der Vertriebenen statt des Einheitswertes der „Verkehrswert“ eines Vermögens für die Abgabe zugrunde gelegt werden. Auch der Hausrat soll zur Abgabe herangezogen werden. Schließlich verlangt der ZVD eine Vermögenszuwachs-Abgabe für alle seit dem Währungsstichtag angewachsenen Vermögen.

Kather wollte sich nicht zu der Frage äußern, ob er in einer möglichen Erhöhung der Besatzungskosten eine Gefährdung des Lastenausgleichs sehe. Man sollte zunächst einmal abwarten, ob die Besatzungskosten überhaupt erhöht würden.

Der Abgeordnete sprach die Erwartung aus, daß sich die Flüchtlingsabgeordneten der Regierungskoalition zu den Lastenausgleichsforderungen des „ZVD“ bekennen, mit denen auch der Bundesflüchtlingsminister übereinstimme. Die Bildung einer eigenen Flüchtlingsfraktion für den Fall, daß die Forderungen

der Vertriebenen nicht anerkannt werden, hielt Kather für „durchaus möglich“. Er fügte jedoch hinzu, daß es auch bei den Beratungen über den Lastenausgleich nicht ohne Kompromisse gehen werde. Die sogenannten Unklarer Beschlüsse stellen nach seiner Ansicht eine geeignete Diskussionsgrundlage auch für die Vertriebenen dar. Kather wandte sich gegen die im Regierungsentwurf vorgesehene Befreiung des Vermögens der öffentlichen Hand vom Lastenausgleich und forderte eine echte Vermögensverschlebung.

Polizeifrage in der Sackgasse?

Sieben Länder billigten Polizeivertrag

Bonn (UP). Sieben Länder haben bis Freitag dem Staatsvertrag für den Aufbau der Bereitschaftspolizei zugestimmt, darunter Bayern, Baden und Hessen. Ob die übrigen vier Länder den Vertrag wegen verfassungsrechtlicher Bedenken ihren Parlamenten vorlegen wollen, ist in zuständigen Bonner Kreisen noch nicht bekannt. Als einziges Land hat Nordrhein-Westfalen ein klares „Nein“ ausgesprochen mit dem Hinweis, daß es erst seine eigenen Polizeikräfte reorganisieren müsse. Damit ist bereits die Gefahr gegeben, daß das gesamte Problem der Bereitschaftspolizei vorläufig in eine „Sackgasse“ gerät.

US-Gutachten über die Bundesbahn

20.000 Eisenbahner sollen „eingespart“ werden

Offenbach (UP). Ein Gutachten über die Deutsche Bundesbahn hat die amerikanische Firma Coverdale and Colpitts fertiggestellt und der deutschen Bundesregierung vorgelegt. Wie verlautet, sind in dem Gutachten Vorschläge für Einsparungen und für eine Reorganisation der deutschen Eisenbahn enthalten, von denen einige von der Bundesbahn sofort verwirklicht werden können. Sieben Anregungen bedürfen jedoch der Genehmigung der Bundesregierung. Nach diesen sieben Punkten sollen die Tarife für Zeitkarten um 30 Prozent erhöht werden. Tarife, die unter dem Selbstkostenpreis liegen, sollen dem Selbstkostenstand angeglichen werden.

In dem Gutachten wird weiter empfohlen, bis zum Ende des nächsten Jahres 20.000 Beamte und Angestellte der Bundesbahn einzusparen. 4000 Bahnpolizisten sollen dem Bund zur Verfügung gestellt werden. In dem Gutachten wird besonders unterstrichen, daß das Direktorium der Bundesbahn von der Regierung und anderen Körperschaften unabhängig sein müsse.

Begegnung Adenauer — McCloy

Am Montag Besprechungen über aktuelle Probleme

Bonn (UP). Bundeskanzler Adenauer trifft am Montag mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy zu einer Unterredung über aktuelle Probleme an einem bisher noch nicht bekannten Ort zusammen.

In alliierten Kreisen wird angenommen, daß der Bundeskanzler im Verlauf dieser Konferenz Gelegenheit nehmen wird, mit McCloy über das bisherige Ergebnis der Washingtoner Beratungen der „Atlantikpakt“-Minister zu sprechen.

Hierbei dürfte auch die Ankündigung Außenminister Achesons über eine Beteiligung Bonns an den Verteidigungsberatungen diskutiert werden. Weder von deutscher noch von alliierter Seite war zu erfahren, ob McCloy dem Bundeskanzler bei dieser Besprechung schon die Möglichkeit einer solchen deutschen Mitwirkung aufzeigen wird.

Ein Sprecher der Bundesregierung sagte in diesem Zusammenhang, daß von angeblichen Reiseplänen Dr. Adenauers nach Paris im Bundespresseamt nichts bekannt sei. Gleichzeitig veröffentlichte das Bundespresseamt eine Erklärung, in der betont wird, daß die Bundesregierung es nicht für notwendig halte, an Beratungen über einen deutschen militärischen Beitrag teilzunehmen. In Bonner Regierungskreisen war von dieser Möglichkeit bereits am Mittwoch gesprochen worden. Die gegenteilige offizielle Erklärung wird in parlamentarischen Kreisen Bonns so ausgelegt, daß der Bundeskanzler vor der außenpolitischen Debatte des Bundestags von sich aus keinen Schritt in Richtung auf eine deutsche Beteiligung an der Verteidigung Europas unternehmen wolle, ehe nicht von den Alliierten offiziell der Wunsch an Bonn herangetragen worden sei. Am Donnerstagabend meinte man in der Umgebung des Kanzlers, daß sich in absehbarer Zeit durchaus ein direkter Meinungsaustausch zwischen Paris und Bonn über die französische Haltung ergeben könne. Ein direktes deutsch-alliiertes Gespräch wird sich, so vermutet man, überhaupt erst nach Abschluß der außenpolitischen Debatte im Bundestag ermöglichen lassen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer, der am Samstag den Landtagswahlkampf der CDU in Württemberg-Baden mit einer Großkundgebung im Stuttgarter Althoff-Bau eröffnet, wird bei dieser Gelegenheit auch mit Landesbischof I. R. Wurm und dem Bundestagsabgeordneten Dr. Gerstenmaier zusammenreffen.

Politik zur Geisterstunde

Von G. Landmann

Athen

Der zurückgetretene griechische Ministerpräsident Venizelos hat im Auftrag König Pauls eine Koalitionsregierung zwischen den Liberal-Demokraten und den Sozialisten über die rechtserweiterte Populistpartei des früheren Premierministers Tsaldaris neu gebildet. Neben der Aufdeckung von Schleichungen in Piräus, an denen Mitglieder der Liberalen und der Populisten-Partei beteiligt gewesen sein sollen, wird für den Sturz der Regierung Venizelos, ihre dauernde politische Labilität und die Tatsache geltend gemacht, daß sie an der Macht gewesen sei, als die Vereinigten Staaten die Marshallplanhilfe für Griechenland um 57 Millionen Dollar kürzten.

Ein Regierungswechsel ist im heutigen Griechenland zu einer alltäglichen Angelegenheit geworden. Niemand regt sich deswegen besonders auf, am allerwenigsten die breite Öffentlichkeit. Man weiß, es ist nachgerade unvermeidlich geworden, daß ein Minister dem anderen die Türklücke in die Hand drückt und in regelmäßigen Zeitabständen irgendein Politiker vom König mit der Neubildung der Regierung beauftragt wird. Währenddessen bleiben im Grunde stets die gleichen Männer im Kabinett, da sie meist nur ihre Portfeuille untereinander austauschen, ohne daß eine wesentliche Änderung des politischen Kurses damit verbunden ist.

Es ist bezeichnend, daß dem Sturz einer Regierung kaum eine nennenswerte Parlamentsdebatte, Zeitungspolemik oder etwa eine politische Verschwörung vorangeht. Ebenso bezeichnend ist aber, daß das periodische Kommen und Gehen der Regierungen weder das öffentliche Leben zu beeinflussen, noch die Struktur der Staatsbürokratie zu erschüttern vermag.

Der Regierungswechsel vollzieht sich in einem Palast, der mit einer Front den größten Platz von Athen flankiert, mit der anderen in die vornehme, baumbestandene Kefiss-Strasse blickt, wo sich faggengekleidete Ministerien, ausländische Gesandtschaften und viele schmucke Villen und Geschäftshäuser befinden. Tritt am Abend eines nicht besonders ereignisreichen Tages eine Regierung zurück, erfolgt auf Geheiß König Pauls die Neubildung am darauffolgenden Morgen zu den Klängen eines Musikkorps der „Euzones“ in ihren charakteristischen Uniformen. Alle griechischen Regierungsmänner besitzen ungefähr dasselbe politische Programm. Sie vertreten — wenn auch mit verschiedenenartigen Formulierungen — ungefähr die gleichen Ideale, Sozialforderungen und fortschrittlichen Ziele. Der neue Ministerpräsident, der oft zum zweiten oder gar dritten Mal dieses Amt übernimmt, stellt sich alsdann im Kreis der „alten Garde“ dem Parlament vor. Einzig die Opposition zur Linken hielt sich bisher diesem Schauspiel fern.

Im Parlament sitzen 250 Abgeordnete. Treten sie zu einer Sitzung zusammen, versammelt sich regelmäßig vor dem hohen Gittertor des Parlaments eine kleine Volksmenge, die neugierig dem Defilee der vielen prachtvollen amerikanischen Wagen belohnt und Beifall klatscht, wenn die politischen Kondottiere sich zur Session begeben. Eine größere Volksmenge sitzt geduldig um die Kaffeestaute im Freien und folgt nicht minder neugierig dem Einzug der Minister und Kammerabgeordneten. Wer über den jeweiligen Verlauf der Parlamentsverhandlungen aus „direkter Quelle“ unterrichtet zu werden wünscht, wendet sich an die diensttuenden Polizisten in Khakiuniform vor dem Gittertor, die genau wissen, wer gerade zur Tagesordnung spricht.

Wenn der Premier das Wort hat, dann lautet die Frage aller: „Wer weiß, ob er das Vertrauensvotum stellen wird?“ — oder — „Wird die neue Regierung die Stimmenmehrheit erhalten?“ Trifft letzteres nicht zu, dann sagen die Polizisten mit einem gleichgültigen Achselzucken: „Sie wurde gestürzt“, oder wenn der Regierungssieg mit einer knappen Mehrheit erkauft werden konnte, lautet ihr kurzer Kommentar: „Sie bleibt am Ruder.“ Stürzt die Regierung, dann geht ein gedämpftes Raunen durch die Menge.

An den Kaffeetaischen wird die Tages-session leidenschaftlich diskutiert. Man kann dann Spezialisten in parlamentarischer Routine zuhören, die genau zu erklären wissen, warum durch eine leichte Verschiebung innerhalb einer kleinen Gruppe von Abgeordneten ein Mißtrauensvotum zustande kam, und weshalb der Sturz unvermeidlich wurde. Sie wissen aber auch überzeugend zu berichten, daß das Schicksal der Regierung bereits am Vorabend der Parlamentsitzung in einem der exquisiten politischen Salons von den eigentlichen Drahtziehern der hohen Politik zwischen einem Glischen „USO“ und einem türkischen Kaffee besiegelt worden sei.

Man muß nämlich wissen, daß die politischen Salons in Athen vielfach den Ton angeben.

daß dort die an sich harmlosen Kamarillas im Kreise einiger ergrauter Häupter zu mitternächtlicher Stunde ausgeheckt werden. Die „Grauen Eminenzen“ trinken, wenn nach ihrer Ansicht ein Regierungswechsel fällig ist, türkischen Kaffee und pflegen dazu Salzmandeln, kandierte Früchte und mit Vanillenzucker bestäubte Eiswaffeln zu knabbern.

Auch das Volk trinkt um Mitternacht in den Kaffeehäusern türkischen Kaffee und kaut Salzmandeln, aber es ist an den Vorgängen, die sich hinter den verhängten Fenstern der politischen Salons abspielen, völlig unbeteiligt. Außer den paar „Spezialisten“ versteht der Mann auf der Straße meist nichts vom komplizierten Räderwerk des parlamentarischen Mechanismus, und aus den Zeitungen sucht er vergeblich zu entnehmen, was während der Gelesterstunden in den politischen Salons besprochen, geplant und beschlossen wurde.

Kommunistischer Streik auf Ruhrzeche. 2500 Bergleute der Zeche „Nordstern“ in Gelsenkirchen befinden sich seit Donnerstag in einem Streik, weil ein kommunistisches Betriebsratsmitglied fristlos entlassen worden ist.

Volkspolizei übernimmt Strafvollzug. Am 1. Januar 1951 wird der Strafvollzug in Ostberlin von der Justiz auf die Volkspolizei übergeben. Damit wird die Unabhängigkeit der Justiz auch im Strafvollzug endgültig aufgehoben.

Gegen sowjetische Übergriffe in Österreich. Die drei Westmächte bereiten zur Zeit eine Note an die Sowjetunion vor, in der gegen die kommunistischen Versuche protestiert werden soll, sich illegal in österreichische Angelegenheiten einzumischen.

Chinesische Divisionen im Korea-Krieg

UN-Truppen in neuen Rückwärtigen Stellungen — Hoffnung auf baldiges Kriegsende aufgegeben — Vor neuen Gegenangriffen?

Tokio (UP). Die Truppen der Vereinten Nationen befanden sich in den vergangenen Tagen unter dem Ansturm von ca. 12 gegnerischen Divisionen auf der ganzen Linie im Rückzug. Alle Hoffnung auf baldige Beendigung des Krieges ist aufgegeben worden. Bisher wurden sechs chinesische Divisionen auf dem Kriegsschauplatz festgestellt. Nach dreitägigem überstürztem Rückzug haben sich die Streitkräfte der Vereinten Nationen in den frühen Morgenstunden des Sonnabendmorgens dann in neuen Verteidigungsstellungen eingegraben. Amerikanische Verstärkungen befinden sich auf dem Marsch nach Norden.

In militärischen Kreisen wird jedoch befürchtet, daß sich die Nordkoreaner, deren Zahl im Raum von Unsan zusammen mit chinesisch-kommunistischen Verbänden auf 40 000 bis 50 000 Mann geschätzt wird, zu einem neuen Gegenangriff vorbereiten. Der Versuch, Reste von zwei amerikanischen Bataillonen aus der gegnerischen Umklammerung freizukämpfen, ist endgültig aufgegeben worden. Es ist anzunehmen, daß die meisten der eingeschlossenen Amerikaner getötet oder gefangenengenommen wurden.

Die Gefahr eines neuen kommunistischen Angriffes in diesem Frontabschnitt wird zudem durch den anhaltenden Regen vergrößert, der die Nachschubstraßen zum größten Teil für schwere Fahrzeuge unpassierbar gemacht hat. Die 24. amerikanische Infanteriedivision, die vor Beginn der kommunistischen Großoffensive bis dicht an die mandchurische

Grenze vorgestoßen war, wurde um etwa 80 Kilometer zurückgezogen um der Gefahr einer Einkesselung zu entgehen. Die 2. amerikanische Infanteriedivision bezog am Sonnabendmorgen Stellungen am rechten Flügel des zweiten süd-koreanischen Korps. Weitere Verstärkungen werden in aller Eile nachgeführt.

Über die mandchurische Grenze
In der gegenwärtigen Situation ist es schwierig, genaue Schätzungen über die Stärke des Gegners anzustellen. Ein Sprecher aus dem Hauptquartier General MacArthur berichtete von sieben nordkoreanischen Divisionen und zwei Brigaden im Raum von Unsan. Außerdem wird die dritte chinesische Division in diesem Kampfabschnitt vermutet.

Nach Luftaufklärerermittlungen erhalten die kommunistischen Verbände über die mandchurische Grenze laufend Verstärkungen. Ein Flugzeug der Marineinfanterie sichtete eine gepanzerte Fahrzeugkolonne auf dem Marsch zum Tschosin-Reservoir an der Nordostfront. Wie verlautet, sollen 24 Fahrzeuge zerstört worden sein.

Nach bisher unbestätigten Meldungen soll die achte süd-koreanische Division die Stadt Won-Ni am Freitagabend im Gegenangriff zurückerobert haben. Won-Ni liegt etwa 10 km nördlich von Kunsu-Si am Südost-Ufer des Tschosin-Reservoirs und ist ein wichtiger Verkehrsnotenpunkt auf der Hauptstraße, über die die Kommunisten nach Süden vorstießen.

Maschinen der 3. amerikanischen Luftflotte haben am Freitag in Tiefangriffen 6 kommunistische Panzer und einen Militärzug zerstört. Den Kommunisten sollen bei den Kämpfen am Donnerstag 13 amerikanische Panzer in die Hände gefallen sein.

Wird China offiziell eingreifen?

Die Ansicht hoher militärischer Kreise

Tokio (UP). Tausende chinesischer Kommunisten haben auf Korea in die Kämpfe gegen die Streitkräfte der Vereinten Nationen eingegriffen. Verstärkungen werden laufend über die mandchurische Grenze nachgeführt. In Kreisen des UNO-Oberkommandos wird allerdings bezweifelt, daß China das Risiko eingehen wird, sich offiziell in den Konflikt einzumischen, der sich damit unwei-

geruch zu einem dritten Weltkrieg ausweiten würde. Die amtliche Stellungnahme zu der gegenwärtigen Situation in Korea des Oberkommandos wurde wie folgt formuliert: „Die Lage ist ernst, doch nicht kritisch“. Allerdings hat bisher niemand eine klare Stellungnahme darüber abgegeben, wo die Peiping-Regierung in ihrem Kampf gegen die UNO-Streitkräfte die Linie ziehen wird. Hohe Offiziere aus den Korps und Divisionen äußerten sich in dieser Beziehung bei weitem pessimistischer als ihre vorgesetzten Stellen in Tokio.

Die blutigen Rückschläge der letzten Tage sind vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die Verbände der Vereinten Nationen bei ihrem Versuch, den gegnerischen Widerstand endgültig zu brechen, zu weit von ihren Versorgungsbasen entfernten und damit den Nachschub gefährdeten. Es besteht kein Zweifel, daß die ernste Lage noch einige Tage anhalten wird.

„Weil die Heimat versklavt wird“

Geständnis des Truman-Attentäters

Washington (UP). Oscar Collazo, der mit einer Kugelwunde in der Schulter im Krankenhaus liegt, hat gestanden, daß er und sein im Kampf mit den Waizen Präsident Trumans getöteter Komplize das phantastische Komplott zur Ermordung des Präsidenten vor knapp zwei Wochen ausgedacht haben. Er und Torresola seien am Dienstagabend aus New York in Washington eingetroffen, und hätten sich in einem Zimmer unter angenommenen Namen in einem Hotel in der Nähe des Union-Bahnhofs getroffen. Sie seien nicht mehr zusammengewesen, bis kurz ehe sie ihren Attentatsversuch unternahmen. Collazo sagte, sie hätten nicht gewußt, ob Truman sich in Blair House befand. Sie hätten „es eben riskieren müssen“. Er leugnete, daß noch jemand in dem Komplott verwickelt gewesen sei. Er und sein Komplize hätten das Attentat deshalb versucht, weil sie der Ansicht seien, daß ihre Heimat „versklavt“ werde und daß die Politiker in Puerto Rico „Werkzeuge“ der Vereinten Staaten seien.

Beamte erklärten, daß bis Freitag mittag insgesamt 285 Personen auf Puerto Rico verhaftet wurden. Weiterhin seien 300 Nationalisten in der Bergstadt Jayuya festgenommen worden. Unter den verhafteten Personen befänden sich auch Elio Torresola, der Bruder des bei dem Attentatsversuch auf Präsident Truman ums Leben gekommenen Gesello Torresola.

Franzosen mußten Laokay räumen

Neue Rückschläge in Indochina — Das Ziel der Kommunisten

Saigon (UP). Die Evakuierung von Laokay wurde am Freitag von dem französischen Hauptquartier bekanntgegeben. Die Garnison erhielt am Mittwoch Befehl, abzumarschieren, um einer Umzingelung durch die kommunistischen Vietminh-Truppen zu entgehen. Laokay liegt an der Nordwestecke von Indochina und wurde durch den Zusammenbruch der französischen Verteidigungslinie an der Grenze, als eine Festung nach der anderen fiel, isoliert.

Nach der Räumung Laokays herrschte in den nordwestlichen Gebieten der indochinesischen Provinz Tonkin Ruhe. Die militärischen Einrichtungen und Anlagen wurden gesprengt. Die Brücke über den Roten Fluß ist zerstört worden. Der Rückzug der französischen Truppen erfolgte planmäßig über den 1700 Meter hohen Gebirgspass in Richtung auf die Ortschaft Tschapa. In militärischen Kreisen wird angenommen, daß die Truppen sich auf neue Stellungen bei Sonla zurückziehen werden, das nur noch 125 km von der Provinzhauptstadt Hanoi entfernt liegt.

Kurzer Waffenstillstand

Am Samstag und Sonntag werden die Kampfhandlungen für wenige Stunden unterbrochen, damit französische Flugzeuge die Verwundeten aus der geräumten Festung Thatke abtransportieren können. Durch Vermittlung des internationalen Roten Kreuzes ist vereinbart worden, daß französische Flugzeuge an diesen Tagen auf dem Flugplatz Thatke landen dürfen, um etwa 150 Verwundete abzuholen. Der Waffenstillstand ist auf eine Aprehung Ho Tschu Minhs zurückzuführen, der sich deswegen an das Internationale Rote Kreuz gewandt hatte. In französischen Kreisen betrachtet man das Angebot als Propagandamaßnahme, um die Vietminh in den Augen der Welt als barmherzig und humane Leute erscheinen zu lassen.

Das vorläufige Ziel der kommunistischen Offensive, das Reisgebiet von Hanoi, liegt

380 km entfernt am Roten Fluß. Die Franzosen haben ihre Verteidigungslinie ziemlich eng um Hanoi gruppiert.

Dalai Lama aus Lhasa geflohen

Politischer Umsturz in Tibet? — Chinesen rücken näher

Neu Delhi (UP). Aus der indischen Grenzstadt Kalimpong wird gemeldet, daß der Herrscher Tibets, der 16jährige Dalai Lama, mit seiner Regierung an einen unbekanntem Ort geflüchtet sei, da Voraussetzungen der kommunistischen chinesischen Truppen sich der tibetischen Hauptstadt näherten.

In Kalimpong an Indiens Nordgrenze sind ferner Berichte eingetroffen, wonach in Lhasa ein politischer Umsturz erfolgt sei. Diese Berichte konnten bisher amtlich nicht bestätigt werden. Die chinesische Vorhut soll bis auf 75 Kilometer an Lhasa herangekommen sein. Das Gros der chinesischen Armee befindet sich in einer Entfernung von 230 Kilometer von Lhasa.

In tibetischen Kreisen in Kalimpong wurde dazu erklärt, der Fall der befestigten Stadt Tschamdo, die von den besten tibetischen Truppen verteidigt wurde, sei von entscheidender Bedeutung. Die Tibeter hätten sich aber nicht ergeben. Ein tibetischer Beamter sagte: „Der Kampf nahm ein Ende, als die Tibeter nicht mehr kämpfen konnten. Nur einer von sieben Obersten, denen die Verteidigung der Stadt anvertraut war, hat kapituliert“. Das Gros der chinesischen Truppen soll wie weiter verläutet, bei Nagtschaka stehen, auf der Straße von Jyekundo nach Chasa. Die chinesische Invasionsarmee wird von dem Korrespondenten auf 12 000 Mann geschätzt. Aus tibetischen Berichten geht hervor, daß die chinesischen Invasionstruppen tibetischen Sprachunterricht erhalten hätten. Sie erhielten Anweisung, die Tibeter durch Freundschaft möglichst ohne Gewaltanwendung für ihre Sache zu gewinnen.



PETER SCHELLINGS EROBERUNG

ROMAN von Margarete Eiser

Copyright Kurt Schönewitz, Lit. Büro Alfred Leise

6. Fortsetzung

„Brigitte, du mußt dich sehr vor einem vornehmen Urteil hüten! Es ist ein Zeichen schlechter Erziehung, wenn junge Mädchen absprechend sind.“

„Ach — ich weiß doch, daß ich überhaupt nicht eine Menge zu lernen habe, aber meine Maria ist ja ein herrliches Vorbild für mich!“

„Du mußt jetzt recht schonend und lieb mit der armen jungen Witwe umgehen!“

„Lieber Gott, ja, meine arme Mia!“ Ein paar Tränen stahlen sich nun doch über Brigittes runde Wanglein. Die Vorsteherin hütelte sich, das Mitleid, das sie mit dem Kummer der Kleinen hatte, noch mehr zu verraten. Sie strich ihr nur einmal lieblosend das Haar, worauf Brigitte lebend die verweinten Augen hob und inständig bat: „Seien Sie nur jetzt, bitte, nicht gut zu mir, das drückt auf meine Tränenrinnen — und ich heule dann ohne Aufhören!“

In komischem Schreck trat die alte Dame von Brigitte zurück: „Ach, um Gottes willen, Mädel! Da wollen wir schnell von etwas anderem reden!“

Nach kurzer Überlegung machte der Direx Brigitte ein paar praktische Reisevorschläge. Sie wurden dahin einig, daß Brigitte die Fahrt bis München mit einer Lehrerin des Instituts machen sollte, die an diesem Tage ihres Urlaub antreten konnte. Dann brauchte die junge Dame nicht allein zu reisen.

Die letzten Wochen ihrer Pensionszeit waren Brigitte schnell genug vergangen. Pünktlich am 10. Oktober traf sie in Haus Talmitt ein.

Sie hatte ihre Ankunft gar nicht gemeldet, weil sie sich schon gedacht hatte, daß im Hause alles drunter und drüber gehen würde. Und richtig, sie fand auch ein tolles Durcheinander. Die Haushälterin war mit dem Mädchen gerade dabei, Girlanden anzumachen.

Einen Augenblick blieb Brigitte stehen. Erst einmal das geliebte Haus und die lieben Berge

so recht von Herzen anschauen, so bis zum Herzklopfen selig sein, daß man wieder dabei wart. Dann aber schüttelte Brigitte ihre sentimentale Stimmung energisch ab.

Lebhaft lief sie auf die alte Haushälterin zu: „Grüß Gott, Frau Haller!“

„Gott, das kleine Fräulein! Und nun noch so ein Durcheinander! Und groß sind Sie geworden!“

Mit strahlenden Augen schüttelte die alte Haushälterin Brigittes Hand. „Ich freue mich, daß Sie da sind! Unsere arme, liebe, gnädige Frau wird Sie sehr nötig brauchen!“

„Deshalb komme ich ja! Wann erwarten Sie meine Schwester?“

„Gnädige Frau hat die Ankunft auf heute Nacht angesetzt.“

Brigitte atmete hoch auf. Sie empfand innige Sehnsucht nach der unglücklichen Schwester, daß sie wirklich die Minuten zählte, bis sie sie in die Arme schließen konnte.

Stolz zeigte Frau Haller nun Brigitte die dicken plumpen Girlanden, die in verschwenderischer Fülle angemacht werden sollten und zum Teil schon hingen. „Was sagen Sie, Fräulein Brigitte — ist das nicht schön?“

Das junge Mädchen sah die Girlanden an und dachte der Gefühle, mit denen die arme Maria heimkommen würde. Das ging nicht! Auf keinen Fall durften die Girlanden hängen bleiben.

Frau Haller hatte eine begehrteste Anerkennung erwartet und sah nun betroffen in das unbegleitete Gesicht Brigittes: „Na Fräuleinchen, was haben's denn auf dem Herzen?“

„Macht die Girlanden wieder runter! Ich kann mir ja denken, daß ihr euch freut über das Heimkommen meiner Schwester — aber vergeßt über eurer Freude nicht, wie sie heimkommt!“

„Wir haben es doch gut gemeint“, versetzte die Hallerin kleinlaut, „wir wollten der gnädigen Frau eine Freude machen.“

„Sollt ihr auch — und ich weiß auch schon Rat! Kommt mal mit und bringt Girlanden!“ Und Brigitte eilte lebhaft den andern voraus ins Haus.

Sie stürzte sich mit aller Absicht in eine volle Geschäftigkeit. Wenn sie sich jetzt auch nur eine Minute Zeit ließe, dann würden schmerzliche Gedanken über sie herfallen und ihr bittere Tränen erpressen.

Nur ein ganz tiefer Atemzug bog die beklemmte Brust; als sie in vollen Zügen die liebe, traute, würzige Luft des geliebten Häusleins einatmete. Im nächsten Augenblick war sie schon wieder ganz bei der Sache. Halb nach Frau Haller und den Mädchen zurückgewandt, deutete ihre kleine Hand auf ein lebensgroßes Porträt Ulrich Dorns. Es hing dem Eingang gegenüber, neben einem Bild von seiner Frau.

„Dort, das Bild meines Schwagers, das wollen wir bekränzen. Damit werdet ihr meiner Schwester bestimmt eine Freude machen. Franz, holen's die Leiter!“

Und Franz, Kutscher und „Allerweitscheller“ im Haus Talmitt, rückte sein Hüchchen vom rechten auf das linke Ohr und trollte sich, um Brigittes Befehl auszuführen.

Frau Haller und den Mädchen leuchtete Brigittes Idee ein, und als Franz mit der Leiter kam, ging es aus Werk.

Es tat Brigitte wohl, die herliche Zuneigung der Leute zur Herrschaft zu fühlen. Mit froher Miene stand sie inmitten der allgemeinen Geschäftigkeit, bis Frau Haller zur Elle trieb: „Kommt Mädels — los, die Fremdenstube muß in Ordnung gebracht werden!“

Brigitte horchte auf: „Für wen denn?“

Sie hatte einen Augenblick Angst, die Geheimrätin Dorn könnte der Gast sein. Nur das nicht! Sie wollte Maria gern ein bißchen für sich haben, und die Geheimrätin belegte jeden Menschen gleich vollkommen mit Beschlag, ganz abgesehen davon, daß Brigittes Abneigung gegen die alte Dame unverkennbar auf Gegenseitigkeit beruhte. „Wissen Sie nicht, Fräulein Brigitte, daß Dr. Mittler unsere gnädige Frau heimbringt und hier Gast sein soll?“ sagte die Hallerin.

„Dr. Mittler, so?“

Eine warme rote Welle überflutete das kluge Backsicht, und die braunen Augen bekamen weichen, freundlichen Glanz.

Hans Mittler, der häufig zu ihrem Schwager gekommen war, was immer Brigittes Ideal gewesen, obgleich er sich nie um das halb-wüchsige Fräulein Frey gekümmert hatte. Sie hatte es in unschuldiger Schwärmerei immer einzurichten verstanden, daß sie einen Blick in sein hübsches, offenes Gesicht werfen konnte. Sie hatte ihn auch nicht vergessen. Er war immer ein wenig der Held ihrer Träume.

Eine ganz unerklärliche Freude bereitete es ihr darum, daß er Gast im Hause Talmitt sein sollte. Ehe jemand ihr Erröten bemerkten konnte, fragte sie jedoch ablenkend und an ihre eben gehegte Befürchtung anklingend: „Und von der Geheimrätin Dorn ist nichts gekommen?“

„Doch — ein Brief mit Strafporto!“

„Natürlich!“

Es gehörte zu den vielen unangenehmen Eigentümlichkeiten der alten Dame, ihre Briefsendungen immer knapp zu frankieren. Brigitte hätte sich gewundert, wenn es einmal anders gewesen wäre.

„Und Tante Rose?“

„Ach, Gott — Fräulein Brigitte — das ist ein richtiger Jammer mit der alten Dame! Sie ist seit dem Tode ihres Sohnes immer ein bißel kränklich — und knurrig. Sie hat dem Franz gesagt — sie will von den Dorns nichts mehr wissen — ja — die seien schuld am Tod ihres Jungen!“

„Wie kann sie nur so etwas sagen — wenn das Maria einmal zu Ohren kommt!“

Brigitte war ganz aufgeregt. Die Haushälterin mußte sie beruhigen: „Die gnädige Frau wird sich nicht so darüber aufregen, wie Sie denken, denn sie wird es aus Erfahrung wissen, daß Leid auch ungerecht machen kann!“

„Dann bin ich tatsächlich froh, daß uns Tante Rose vor der Hand nicht besuchen wird! Wo ist der Brief der Geheimrätin?“

„Er liegt oben auf dem Schreibtisch der gnädigen Frau!“

(Fortsetzung folgt)

Umschau in Karlsruhe

Wolfgang Windgassen gastierte in Karlsruhe. In der Wiederaufführung der Richard-Wagner-Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ im Badischen Staatstheater Karlsruhe sang Wolfgang Windgassen (Staatsoper Stuttgart) am Mittwochabend mit großem Erfolg den Siebold. In den Erfolg der Aufführung teilten sich neben Windgassen die Karlsruher Künstler Edmund Eichinger als Hans Sachs und Hannelore Wolf-Hampson als Eva, sowie die badische Staatskapelle unter Generalmusikdirektor Otto Matzarth.

Bundesgerichtshof soll erweitert werden. Karlsruhe (UP). Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe soll erweitert werden, da die Räumlichkeiten bereits nicht mehr ausreichen. Die Bibliothek wird baulich erweitert werden, um den Bundesrichtern die Möglichkeit zum Studium der vorliegenden und einschlägigen Texte zu geben. Die Kosten für den Ausbau betragen neunzig bis hunderttausend DM. Sie sind inzwischen vom württemberg-badischen Landtag bewilligt worden.

Geflohrer Volkspolizist als Masseneinbrecher. Karlsruhe (SWK/APD). Ständen da kürzlich auf der Autobahn in der Nähe von Weingarten um zwei Tankstellen zwei junge Männer. In der Hand hielten sie je eine funkelneue Aktentasche. Allen Anschein nach wollten sie per Anhalter in Richtung Heidelberg-Frankfurt weiter. Beamte einer motorisierten Streife der Landespolizei interessierten sich für die beiden und fanden bei ihnen Einbrecherwerkzeuge mit „allem Komfort“. Zur fünfjährigen Bewährungsstrafe für die beiden und fändelnd bis zum Fesselungsstrick. Ganz riesige Schlüsselbünde mit Dietrichen und Nachschlüssel in jeder Auswahl. Bei einem der beiden handelt es sich um einen 24-jährigen, im Sommer dieses Jahres illegal aus der Ostzone in die Bundesrepublik gekommenen früheren Volkspolizisten. Im Laufe des Sommers lernte er in der französischen Zone einen 34-jährigen Mann kennen, den er als den berühmten großen Unbekannten und immer wieder als den „eleganten Chef“ bezeichnete. Mit diesem zusammen führte er „Diebstähle und Betrügereien in vielen Städten des Bundesgebietes durch, hauptsächlich hatten die beiden es auf Photogeschäfte abgesehen. In Friedrichshafen, Lindau, Baden-Baden, Karlsruhe und Hagen-Westfalen fielen ihnen dabei wertvolle Apparate in die Hände, die ein weiterer Mittelsmann von Aachen aus über die Grenze nach Belgien brachte. Der „Chef“ selbst, der noch flüchtig ist und eifrig gesucht wird, hochstapelte auf die „vornehme Tour“, war ständiger Besucher von Spielbanken und reiste, natürlich mit gefälschtem Paß, nur in internationalen Nachtzügen kreuz und quer durch Deutschland und auch nach Brüssel. Von Baden-Baden aus trennten sich die Wege der Komplizen. Mit dem zurückgelassenen Einbrecherwerkzeug machte sich dann der im Stich gelassene 24-jährige frühere Volkspolizist „selbständig“ und war drauf und dran, sein Tätigkeitsfeld nach Frankfurt und Bremen zu verlagern. Die Spürnasen der Landespolizei machte diesen Plänen ein jähes Ende. Bei dem zweiten Festgenommenen dagegen ergaben sich keine belastenden Momente.

Aus der badischen Heimat

Eisenbahnwagen und Wolle in Flammen. Mannheim (Iwb). Auf einem Rangiergleis des Bahnhof Mannheim-Friedrichsfeld brach kürzlich in einem Waggon, der Reiswolle geladen hatte, Feuer aus, das sich rasch auf den ganzen Waggon ausdehnte. Die Feuerwehr traf zwar rechtzeitig ein, konnte aber nur noch einen Teil der Ladung retten. Der Sachschaden wird auf rund 5000 DM geschätzt.

Heidelberg neues Amerikahaus eröffnet. Heidelberg (Iwb). „Kulturelle Freiheit kann von politischer Freiheit nicht getrennt werden.“ Diesen Satz des Heidelberger Professors Alfred Weber stellte der amerikanische Landeskommissar von Württemberg-Baden, Gross, am Freitag in einer Rede anlässlich der Eröffnung des neuen Heidelberger Amerikahauses in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Von dem bedeutenden geistigen und kulturellen Erbe Heidelberg ausgehend sagte Gross, eine Universität sei seiner Ansicht nach eine Art Festung, die in allen Zeiten politischer Wirren die bleibenden Werte eines Volkes stützen müsse. Sie solle darüber hinaus ein Arsenal zur Verteidigung aller grundlegenden Freiheiten sowie eine „tägliche Inspiration für freie und weltoffene Menschen“ sein. Kultur sei der „allumfassende und Anteilhabige Reichtum der schöpferischen Kraft aller Menschen“, ungeschützt ihrer jeweiligen Nationalität. Das Heidelberger Amerikahaus, das früher in einem inzwischen von der Besatzungsmacht freigegebenen Geschäftshaus am Universitätsplatz untergebracht war, hat nunmehr das zweistöckige Gebäude des früheren Ernährungsamtes in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs bezogen. Das Gebäude ist in viermonatiger Arbeit zu einem modern eingerichteten Haus umgestaltet worden.

15-jähriger Lebensretter ausgezeichnet. Heidelberg (Iwb). Ministerpräsident Dr. Maier hat dem 15-jährigen Lehrling Wolfgang Kirchner aus Heidelberg für eine Lebensrettung eine Ehrenurkunde verliehen. Mit der Verleihung war eine Belohnung in Höhe von 50 DM verbunden. Der Junge hatte im Sommer einen sechsjährigen Knaben im Neckar vor dem Tode des Ertrinkens gerettet.

Südwestdeutsche Konferenz für Innere Mission. Heidelberg (SWK). Die Südwestdeutsche Konferenz für Innere Mission hält am 15. November in Heidelberg ihre Herbsttagung ab. Auf der Tagesordnung stehen zwei aktuelle Vorträge über „Neue Wege in der Fürsorgeerziehung“ und „Warum haben die Diakonissenmutterhäuser so wenig Nachwuchs?“

Bundespräsident soll Auslieferung verhindern

Heidelberg (UP). Der Heidelberger Rechtsanwalt Dr. Hagenlocher hat Bundespräsident Heuß in einem Telegramm ersucht, die Auslieferung des wegen angeblicher Kriegsverbrechen verhafteten Heinrich Bechtel aus Heidelberg an Frankreich zu verhindern. Der Frau des festgenommenen Bechtel wurde vor der Verhaftung ihres Mannes von der Militärpolizei ein Schreiben in deutscher Sprache zur Unterschrift vorgelegt, in dem sie sich zur Mitnahme eines „gesuchten Gegenstandes“ aus ihrer Wohnung bereitserklären sollte. Das Schreiben war von dem Residentenoffizier William Neel ausgestellt worden, der befürchtete, daß ein amerikanischer Haftbefehl zur Verhaftung eines Deutschen nicht ausreichte.

Zwangsarbeit für US-Oberleutnant

Heidelberg (SWK). Nach zweitägiger Verhandlung vor dem amerikanischen Kriegsgericht in Heidelberg wurde der bisher in Würzburg diensttuende Lieutenant-Colonel Hansen zum unehrenhaften Ausstoß aus der Armee und zu einjähriger Zwangsarbeit verurteilt. Der Offizier hatte im Anschluß an eine Party am 12. August in Würzburg die Wohnung einer verheirateten amerikanischen Sekretärin betreten. Er wurde dort rüchlinglich und versuchte sich die Angestellte durch die Drohung, ihren Mann zur taktischen Truppe zu versetzen, gefügig zu machen. Auch eine deutsche Putzfrau wurde

von dem betrunkenen Angeklagten belästigt. Durch einen wohlgezielten Kinnhaken konnte die Angestellte sich jedoch erfolgreich zur Wehr setzen.

Was geschah mit den Fragebogen in Ziegelhausen?

Ziegelhausen (Iwb). Auf der letzten Gemeinderatssitzung der Gemeinde Ziegelhausen bei Heidelberg wurde eine eidesstattliche Erklärung des Leiters des Rechnungs- und Steueramtes bei der Gemeindeverwaltung Ziegelhausen verlesen. In der sich dieser gegen die Behauptung wendet, Bürgermeister Rausch habe ihn damit beauftragt, die Volkserhebungskarten mit den Haushaltsangelegenheiten des vergangenen Jahres zu vergleichen. Er habe dies vielfach auf Veranlassung eines Herrn vom Heidelberger Landratsamt getan, der im August dieses Jahres eine entsprechende Anregung gegeben habe. In der eidesstattlichen Erklärung wird betont, es seien im Interesse einer vollständigen Volkserhebung sowie zum Zwecke der Ausstellung von Lohnsteuerkarten lediglich die Angaben zur Person verglichen worden.

Student durch Blausäuregas getötet

Pforzheim (Iwb). Auf dem Speicher eines Hauses in Pforzheim wurde ein 20-jähriger Student tot aufgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß der Student mit chemischen Experimenten beschäftigt und dabei durch Blausäuregas vergiftet wurde.

Konferenz der Länderchefs verschoben

Freiburg (Ibs). Die für den 7. November vorgesehene Konferenz der drei südwestdeutschen Länderchefs kann nicht termingemäß stattfinden. Wie dies aus der badischen Staatskanzlei erfährt, hatte Staatspräsident Wöhler vorgeschlagen, die Konferenz auf Schloß Bürgeln bei Lörrach abzuhalten. Ministerpräsident Dr. Maier kann jedoch nach einer Mitteilung aus Stuttgart dieser Einladung nicht Folge leisten, da er an einer Bronchialerkrankung erkrankt ist. Termin und Ort der Konferenz werden nach seiner Genesung neu vereinbart werden.

Wie verlautet, hat der aus drei Vertretern der Regierungen von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern bestehende Sachverständigenausschuß zur Vorbereitung der nächsten Südweststaatskonferenz bei seiner letzten Sitzung am 26. Oktober in Tübingen die Vorschläge und Gegenvorschläge für ein Verwaltungsabkommen der drei südwestdeutschen Länder zu einem neuen Vorschlag vereinigt. Die Regierungen in Freiburg und Tübingen sollen sich zu diesem Vorschlag bis zur nächsten Konferenz der Länderchefs äußern. Die badische Antwort, deren Inhalt bisher nicht bekannt wurde, wird voraussichtlich in den nächsten Tagen nach Stuttgart abgehen.

Wieder Gemeindepolizei in Südbaden

Freiburg. Das Recht zur Einführung der Gemeindepolizei können jetzt die Gemeinden

auf Antrag wieder erhalten. 1945 war die Gemeindepolizei abgeschafft worden, so daß z. B. der Gemeindeführer keinerlei polizeiliche Befugnisse mehr hatte. Jetzt können die Gemeinden auf Antrag wieder Polizeirecht erhalten.

Damit wird ein altes Recht der Gemeinden und eine stets wieder erhobene Forderung der Bürgermeister erfüllt. Es gibt im Gemeinlichen soviel Anlässe, die geeignet erscheinen, daß die Gemeinde selbst durch ihre Ortspolizeibehörde sofort polizeiliche Machtbefugnisse ausüben kann, besonders in den Gemeinden, in denen Gendarmenposten nicht stationiert sind. Aber auch in den größeren Ortschaften, die Gendarmenposten aufweisen, wird die Einführung der Gemeindepolizei begrüßt werden. Sie dient in weitem Maße zur Entlastung der Gendarmen, die sich wieder mehr ihren eigentlichen Aufgaben, der Verfolgung von Vergehen und Verbrechen, zuwenden kann.

Diese Nachricht ist auch deshalb von Interesse, weil in Nordbaden z. Zt. entgegengesetzte Bestrebungen zu bestehen scheinen, nämlich die Polizei zu entkommunalisieren. Es erscheint dringend geboten, auch in Nordbaden öffentlich zu klären, ob die Verstaatlichung der Polizei mit dem Gedanken der Selbstverwaltung zu vereinbaren ist.



Eine Million DM

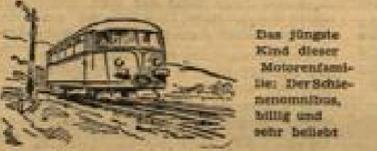
Was kostet ein neuer D-Zug? Wissenswertes von der Eisenbahn

„Eine Million DM auf Rädern!“ sagte mein Freund von der Eisenbahn und zeigte auf den D-Zug, der soeben in die unruhigfühlige, weite Halle des Hauptbahnhofes einlief. Mein journalistisches Gewissen wurde wach: Eine rolende Million? „Die Lok“, erklärte mir mein sachverständiger Begleiter, „war eine 01, das ist die Baureihenbezeichnung für unsere gebräuchlichste Schnellzuglok. Sie läuft 120 km pro Stunde und kostet heute etwa 330 000 DM. ein neuer D-Zugwagen rund 100 000 DM und ein Packwagen etwa 70 000 DM. Die Rechnung ist also ganz einfach: Da dieser Zug aus einer 01, einem Packwagen und fünf D-Zugwagen besteht, beträgt sein Neuwert rund eine Million DM.“ Ich muß sagen: das hat mir imponiert!

Während wir uns noch über diesen D-Zug unterhielten, rollte ein Güterzug durch den Bahnhof. An seiner schweren Lokomotive hingen lauter Leertwagen. „Der fährt wie eine Eins, der Lokführer, nämlich!“, sagte mein Freund anerkennend. „Wir haben jetzt Hochbedarf an Wagen. Täglich müssen etwa dreißig Züge mit leeren G-Wagen für die Kartoffelverladung in die Erntegebiete gefahren werden. Noch größer ist die Zahl der täglich zu verfügbaren O-Wagenzüge (nur Zeit

ger Güterzug) ist also nicht viel billiger als ein D-Zug, stellte ich fest und mein Freund ergänzte dies mit der Feststellung, daß er sogar teurer sei, wenn der Zug eine größere Zahl von Spezialfahrzeugen enthalte. Ein Kühlwagen kostet z. B. etwa 16 000 DM.

Ich stand noch ganz unter dem Eindruck dieser Zahlen, als mit höchster Geschwindigkeit ein Fernschnelltriebwagen fast geräuschlos einfuhr. Ein wirklich elegantes Fahrzeug ist dieser dreiteilige FDT, der



im kommenden Jahre in vermehrter Zahl von der DB zum Einsatz gebracht werden soll. Dieser Fernschnelltriebwagen braucht von Frankfurt nach Hamburg z. B. nur sechs Stunden, also über vier Stunden weniger als ein „normaler“ D-Zug. Er erreicht teilweise eine Geschwindigkeit von 120 km und hält auf den Unterwegsbahnhöfen jeweils nur eine Minute.

„Da fahren sie hin, die acht Hundertausend!“, sagte der Eisenbahnsachmann, als der Triebwagen peilschnell aus der Halle glitt. „Ein kostbares Fahrzeug, das dem Triebwagenführer anvertraut ist“, stellte ich fest. „Das Leben unserer Fahrgäste ist kostbarer!“ versichert mich mein Freund. „Kleinste und zugleich jüngste Kind dieser Motorenfamilie, der schnell beliebt gewordenen Schienenomnibus, kostet übrigens nur knapp ein Zehntel des Preises, den die DB für Schnelltriebwagen aufwenden muß.“

Beim Nachhausegehen erfähr ich noch, daß eine elektrische Güterzug- oder Reisezuglok ein besonders kostbares Fahrzeug ist. Sie kostet allein fast eine dreiviertel Million DM. Diese Mehrkosten werden freilich durch ihre großartige Laufleistung, ihr Beschleunigungsvermögen und ihre vielseitige Verwendungsmöglichkeit wettgemacht.



Ein moderner Fernschnelltriebwagen. Hier rollen 100 000 D-Mark über die Gleise

etwa 90), denn hier muß neben der Rübenverladung ja noch der große Bedarf an O-Wagen für Stein- und Braunkohle an Rhein und Ruhr gedeckt werden.“

Da wir gerade bei dem auch im täglichen Leben so aktuellen Thema „Was kostet das?“ waren, erkundigte ich mich gleich, wie hoch der Wert eines Güterzuges mit fünfzig offenen und ebensoviel gedeckten Güterwagen ist. „Die schwerste Güterzuglok der Reihe 44 kostet ebensoviel wie die 01, ein neuer O-Wagen hat einen Beschaffungswert von DM 8500.— und ein gedeckter sogenannter G-Wagen kostet jetzt etwa 10 000 DM.“ Ein lan-

Aus den Nachbarländern

Neue Differenzen zwischen DG und dem BHE

Stuttgart (Iwb). Wie unser DPA-Korrespondent vom Landesvorstand Württemberg-Baden des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (Richtung Waldemar Kraft) erfährt, hat der Vorsitzende des BHE und stellvertretende Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Waldemar Kraft, sich erneut dagegen verwahrt, daß die Deutsche Gemeinschaft in ihrem Namen die Bezeichnung BHE führt. Daraufhin hat der Vorstand des Landesverbandes Württemberg-Baden des BHE (Richtung Waldemar Kraft) der Deutschen Gemeinschaft — BHE in einem Schreiben „mit sofortiger Wirkung verboten“, die Bezeichnung „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ im Wortlaut oder auch in der abgekürzten Form „BHE“ zu führen.

Die Kandidaten der CDU-Landesliste

Stuttgart (Iwb). Die Landesliste der CDU für die württemberg-badischen Landtagswahlen am 18. November wurde auf einer Delegierten-Versammlung der beiden CDU-Landesverbände von Nordwürttemberg und von Nordbaden aufgestellt. Spitzenkandidat der Partei ist der Landesvorsitzende der CDU Nordwürttemberg, Simpfendorfer. Ihm folgen auf der Landesliste der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Wiedemeier, der Vorsitzende der nordbadischen CDU, Heurich, Landwirtschaftsminister Stooß und Finanzminister Dr. Kaufmann. Ferner sind auf der Liste nach der Reihenfolge folgende Namen enthalten: Dipl. Ing. Möhrli (Mdl.), Stuttgart, Dr. Leber, Heimatvertriebener, Waiblingen, Fr. Scheerer, Stadträtin, Mannheim, Erang (Mdl.), Angestellter, Stuttgart, Fr. Röger, Frauenreferentin, Stuttgart, Hoog, Bürgermeister, Leimen bei Heidelberg, Dr. Siex, Schriftleiter, Heidelberg, Dr. Theiß (Mdl.), Verlagsleiter, Aalen, Fr. Dr. Kröger, Sozialreferentin, Stuttgart, Höchst, Fabrikant, Heuffe, Schriftsetzer, Stuttgart, Weiß, Köfermeister, Mosbach, Dr. Nebinger, Assessor, Stuttgart, Frau Beck, Hausfrau, Heidelberg, Baber, Schlossermeister, Künzelsau. Von den auf der Landesliste aufgeführten Kandidaten sind Simpfendorfer, Wiedemeier, Stooß und Kaufmann gleichzeitig als Spitzenkandidaten in ihren Wahlkreisen aufgestellt worden.

Arbeitsfördermaßnahmen für Jugendliche

Stuttgart (Iwb). Der sozialpolitische Ausschuß des württemberg-badischen Landtags stimmte dem Gesetzentwurf der Regierung über Arbeitsfördermaßnahmen für arbeitslose oder heimatlose Jugendliche zu. Der Entwurf sieht vor, daß für Maßnahmen zur Beschäftigung von arbeitslosen oder heimatlosen Jugendlichen bis zum 25. Lebensjahr, die keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, Haushaltsmittel gewährt werden können. Dabei erhoben Vertreter verschiedener Parteien Bedenken gegen die vorgesehene „geschlossene Arbeitsfördermaßnahmen“, weil diese die Grundlage für einen späteren Arbeitsdienst bilden könnten. Es wurde vorgeschlagen, einen Unterausschuß zu bilden, der die Durchführung des Gesetzes überwachen soll. Ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums teilte in der Sitzung mit, daß die Frage einer Erhöhung der Lehrlingsvergütungen in nächster Zeit auf Bundesebene geregelt werde. Wie vor dem Ausschuß mitgeteilt wurde, steht es den beteiligten Kreisen offen, eine Erhöhung der Lehrlings- und Vergütungssätze auf tariflichem Wege vorzunehmen.

Siebenjährige Dienstzeit für die neue Polizei

Stuttgart (Iwb). Wie bereits berichtet, soll Württemberg-Baden auf Grund des Verwaltungsabkommens über die Aufstellung einer Bereitschaftspolizei in der Bundesrepublik von den zunächst vorgesehenen 10 000 Polizisten 800 Mann stellen. Wie Innenminister Ulrich dazu mitteilte, kann die Ausbildung der Polizisten auf Grund der gegenwärtigen Möglichkeiten für ihre Unterbringung erst bis zum 1. April kommenden Jahres beendet werden. Die Bewerber für die Polizeieinheiten müssen zwischen 19 und 22 Jahre alt sein und sich zu einer siebenjährigen Dienstzeit verpflichten. Sie dürfen nicht vor dem 27. Lebensjahr heiraten.

Beamte und Angestellte dürfen zum Länderspiel

Stuttgart (Iwb). Alle Beamten und Angestellten der staatlichen Behörden in Württemberg-Baden werden, wenn sie im Besitz einer Länderspielkarte sind, am 22. November dienstfrei erhalten, um das Länderspiel Deutschland-Schweiz im Stuttgarter Neckarstadion miterleben zu können. Einzelne private Betriebe haben sich dieser Regelung angeschlossen.

Auch in Heilbronn Mißbrauch der Volkszählungslisten

Heilbronn (ZSH). Nachdem die Vorfälle in Eßlingen, Ludwigsburg, Karlsruhe und in Heidelberg-Ziegelhausen genug Staub aufgewirbelt haben, wird bekannt, daß auch in Heilbronn Mißbrauch mit den Volkszählungslisten getrieben worden ist. Ein Oberinspektor hat ohne Wissen des Bürgermeisters und des Staatsamtsvorstandes angeordnet, das an Hand der Volkszählungslisten die in auswärtigen Betrieben arbeitenden Heilbronner Pendler mit Namen, Adresse und Arbeitsstätte herausgeschrieben werden, um an Hand dieser Feststellungen die Meldungen der auswärtigen Betriebe für den Gewerbesteuerausgleich an die Stadt Heilbronn überprüfen zu können. Erzworben ist, daß einer der beiden mit diesen Arbeiten beauftragten Männer ein Angestellter des Steueramts war. Erfreulicherweise ist in Heilbronn gleich durchgegriffen worden. Der verantwortliche Beamte wurde sofort beurlaubt und es wird geprüft, ob die Einleitung eines Dienststrafverfahrens erforderlich ist. Ein Schaden für die Steuerzahler ist nicht eingetreten. Aber auch in diesem Fall ist das Vertrauen der Bürger von Staat erneut und ernstlich gefährdet worden.